

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erhalten mit dem Fernsprech-Anschluss Nr. 43.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erhalten mit dem Fernsprech-Anschluss Nr. 43.

Entgeltlos für den Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1990

Nr. 243

Sonnabend, den 15. Oktober 1932

27. Jahrgang

## Herriot verhandelt in London

### Die Londoner englisch-französischen Besprechungen

**Amüliches Communiqué über die Besprechungen**  
London, 13. Okt. Ueber den Besuch Herriots wurde heute abend kurz nach 7 Uhr ein amüliches Communiqué ausgegeben, das eine Ergänzung zu der heute nachmittag ausgegebenen Verkaufbarung darstellt und folgenden Wortlaut hat: „Die Unterredungen wurden in sehr freundschaftlichem Geiste bis um 18.30 Uhr fortgesetzt und werden morgen vormittag um 10 Uhr wieder aufgenommen.“

London, 13. Okt. Herriot verließ kurz nach 18 1/2 Uhr Downingstreet. Er antwortete auf eine Frage, welcher Fortschritt gemacht worden sei: „Nicht viel“. Unberücksichtigt wurde von britischer Seite erklärt, die Besprechungen seien sehr freundschaftlich und befriedigend verlaufen. Herriot fährt morgen nachmittag nach Paris zurück. Ein Communiqué, das die Erörterungen der beiden Tage umfasst, soll morgen veröffentlicht werden. MacDonald wird morgen nachmittag auf dem Victoria-Bahnhof zu Verabschiedung Herriots anwesend sein. Morgen mittag findet ein Frühstück in der französischen Botschaft statt. Heute abend gab der Staatssekretär des Aeußeren, Sir John Simon, ein Essen zu Ehren Herriots, an dem außer dem Premierminister u. a. noch der französische Botschafter, der Schatzkanzler und der permanente Unterstaatssekretär des Aeußeren, Sir Robert Bunsittart, teilnahmen.

### Der Zweck der Londoner Besprechungen nach englischer Auffassung

London, 13. Oktober. Von maßgebender englischer Stelle wurde nach Abschluß der heutigen Besprechungen mit Herriot als Zweck der Londoner Unterhaltungen bezeichnet, durch einen informellen Meinungsaustausch und persönliche Fühlungnahme zwischen den Vertretern der wichtigsten Staaten alles das auszuräumen, was als Ursache dafür angesehen werden kann, daß die Genfer Abrüstungsverhandlungen auf dem toten Punkt angelangt sind. Man sieht also in London keine Aufgabe darin, die Fortsetzung der Genfer Arbeit zu ermöglichen, nicht aber, was an Aufgaben zu wagen, die der Völkerverbund und die Abrüstungskonferenz zu erledigen haben. Von englischer Seite wird der heutige Tag als sehr befriedigend bezeichnet. Dadurch, daß man in der Lage gewesen sei, von der anderen Seite zu hören, welche Auffassung sie vertreten und die eigene Auffassung darzulegen, sei das gegenseitige Verständnis gefördert worden, das zur Beseitigung der bestehenden Hindernisse notwendig sei. Betont wird, daß es sich nicht um Verhandlungen handle, sondern um informelle Besprechungen. Der Gedanke, aus dem sie herbeigeführt worden seien, sei der, daß es jetzt besser sei, öffentliche Erörterungen über die Abrüstungsfrage zu vermeiden, da zurzeit solche Erörterungen nur die Differenzen verschärfen und die wohlgemeinten Bestrebungen der in Betracht kommenden Regierungen zueinander machen könnten. Jedoch sei es nicht die Absicht, aus dem Inhalt dieser Besprechungen ein Geheimnis zu machen. Auch die nichtbeteiligten Regierungen würden darüber unterrichtet werden, um so sicherzustellen, daß die Einzelbesprechungen in zwangloser Art zu den Verhandlungen der Viermächtekonferenz übergeleitet werden. An dem Gedanken dieser Konferenz wird hier festgehalten. Man erklärt, auch heute sei nichts eingetreten, was die britische Regierung veranlassen könne, ihre Absicht, zu einer solchen Konferenz Einladungen ergehen zu lassen, nochmals zu überprüfen oder gar fallen zu lassen. Hierüber werde man bereits Freitag weitere Informationen geben können. Die englische Regierung werde an ihrem Bemühen festhalten, Wohlwollen und Freundschaft zwischen allen Nationen herbeizuführen.

Englischerseits betont man mit besonderem Nachdruck und legt Wert darauf, es der Öffentlichkeit klar zu machen, daß man in London keineswegs bestrebt ist, zu abschließenden Ergebnissen zu gelangen, die dann anderen aufzuzwingen werden sollen. Großbritannien sei durchaus willens, aber das Thema auch mit andern Mächten sich zu besprechen. Wenn die Viererkonferenz zusammentrete, so werde selbstverständlich jeder der Teilnehmer volle Freiheit haben, nach Lage der Sache zu den einzelnen vorgebrachten Punkten entsprechend Stellung zu nehmen. Dementsprechend wurde von englischer Seite heute noch einmal ganz besonders hervorgehoben, daß alle Türen offen bleiben. Es sei vor allem notwendig, Wohlwollen und gegenseitiges Vertrauen unter den Mächten zu schaffen, und man habe

die Hoffnung, den Weg für eine wirkliche Abrüstung dadurch zu ebnen, daß Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien und auch die kleineren Nationen in die Lage gebracht werden, im Geiste gegenseitigen Vertrauens und guten Willens das vorzubringen, was sie auf dem Herzen haben.

### Bier-Mächte-Konferenz in Genf?

Paris, 13. Okt. Der Londoner Havas-Berichterstatter verzeichnet eine Aeußerung aus zuständigen französischen Kreisen, bezugnehmend die Wahl des Konferenzortes zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungsforderung bereits heute erörtert worden sei. Morgen werde hierüber eine Mitteilung erfolgen.

Der von der Agentur Havas nach London entsandte Sonderberichterstatter glaubt mitteilen zu können, daß Genf als Konferenzort gewählt sei. MacDonald habe natürlich versucht, Herriot für London als Ort der Viererkonferenz zu gewinnen. Herriot habe das jedoch abgelehnt, um nicht der Abrüstungskonferenz und indirekt dem Völkerverbund dieses Problem zu entziehen. Um aber ein Entgegenkommen zu bewahren, habe der französische Ministerpräsident die Möglichkeit von Besprechungen zwischen den Vertretern der Hauptmächte zugelassen, vorausgesetzt, daß sie in Genf, d. h. im Rahmen des Völkerverbundes, stattfinden und nur vorbereitend und offiziöses Charakter tragen. Unschonend habe Herriot MacDonald für seine Ansicht gewonnen.

Der Havas-Sonderberichterstatter meldet weiter, die französische Regierung bleibe dabei, daß eine Abrüstungsüberabsetzung von zusätzlichen Sicherheitsgarantien abhängig gemacht werden müsse, die sie durch Konsultationspakte und Regionalabkommen zu erzielen gedenke. Englischerseits sei man gegen jede neue internationale Verpflichtung und rege u. a. als Lösung an:

### Die geplanten Milderungen der Notverordnung

Berlin, 13. Okt. Der Reichsarbeitsminister hat die Gewerkschaften und die Spitzenverbände der beteiligten Organisationen für den kommenden Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen, über die Milderungen der durch die Notverordnung vom 16. Juni 1932 erfolgten Rentenerhöhungen sowie über die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung für die Wintermonate zu verhandeln.

Wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, wird die Erhöhung der Sätze in der Arbeitslosenversicherung in der Weise gedacht, daß man einen besonderen Winterzuschlag einführt, der auf die Monate November 1932 bis März 1933 beschränkt bleibt und dessen Höhe nach dem Familienstand gestaffelt wird. Weiter soll eine Reihe von Härten ausgeglichen werden. Auch für die Krankenversicherung denkt man an eine beschränkte Wiedereinführung der Mehrleistungen, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 unterbunden wurden. In der Unfallversicherung erwartet man eine Beseitigung derjenigen Härten, die sich durch die Bestimmungen der Notverordnung vom 14. Juni ergeben, nach denen alle Renten aus der Zeit vom 1. Juli 1927 bis zum 31. Dezember 1931 um 15 Prozent, die Renten für alle übrigen Unfälle um 7,5 Prozent vermindert wurden. Das Ergebnis dieser Besprechungen mit den Vertretern der Gewerkschaften wird Mitte der kommenden Woche Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

### Wieder 200 Millionen für Arbeitsbeschaffung

Für Straßenbauten, Restaurierungen und Restarbeiten  
Berlin, 13. Okt. In den beteiligten Ressorts sind die Vorarbeiten für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung so weit gefördert worden, daß in der nächsten Zeit mit der Begebung der Aufträge für den zweiten Teil gerechnet werden kann. Der erste Teil in Höhe von 135 Millionen Mark ist vor einiger Zeit in Angriff genommen worden. Der zweite Teil beträgt rund 200 Millionen. Diese 200 Millionen verteilen sich wie folgt: Für Straßenbau 40 Millionen, für Restaurierungen 20 Millionen, für Sachkosten im freiwilligen Arbeitsdienst 20 Millionen, für Wohnungsbauten 30 Millionen (davon 20 Millionen für Eigenheime und 10 Millionen für die vorübergehende Kleinwohnung), für die Abrüstung 15 Millionen, für den Bau von Heringsloggern 4 Millionen, für sonstige Restarbeiten, in erster Linie Wer-



Zu den Londoner Besprechungen über die Abrüstungsfrage

Englands Premierminister Ramsay MacDonald und Frankreichs Ministerpräsident Edouard Herriot

1. einen politischen Waffenstillstand für zehn Jahre, durch den Deutschland sich auf den gegenwärtigen territorialen Status quo verpflichten sollte,
2. Freiheit für Deutschland, alle Abrüstungskategorien zu besitzen, wenn auch in beschränktem Umfang,
3. eine progressive Abrüstungsüberabsetzung der übrigen Mächte.

Besserungen der Wasserversorgung, Bau von Staubbämmen, Hafenaubauten (davon in Hamburg und Bremen ungefähr je 3 Millionen), insgesamt 41 Millionen. Die Finanzierung dieser Arbeiten erfolgt in der gleichen Weise wie bei der ersten Tranche von 135 Millionen durch Wechsel, die auf die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Bau- und Bodenbank gezogen werden können. Mit dem sogenannten Berede-Plan hat dieser Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms nichts zu tun.

### Zwei Kanzlerreden am Sonntag

Berlin, 13. Oktober. Der Reichskanzler wird am Sonntag um 11.30 Uhr in Baderborn vor einem größeren Forum eine Rede halten. Zu der Veranstaltung sind u. a. eingeladen der Arbeitgeberverband Baderborn und Umgebung, die Vertreter des Handwerks, des Einzelhandels und der freien Berufe, Vertreter der Arbeitnehmerverbände usw.

Am Sonntag um 17 Uhr spricht der Reichskanzler im Dortmunder Stadtheater auf einer Veranstaltung, die von dem Zweckverband der Dortmunder Handelskammer einberufen ist.

### Ungerechtfertigte Auslegung der Kanzlerrede

Berlin, 13. Oktober. Die Meldung sozialdemokratischer Blätter, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Wels, habe beim Reichspräsidenten Beschwerde erhoben wegen der Aeußerung des Reichskanzlers in der gestrigen Rede, daß jeder ein Feind des Volkes sei, der sich nicht eindeutig hinter die Regierung stelle, trifft, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, zu. Es wird aber darauf hingewiesen, daß diese Wendung in der Rede des Kanzlers ganz offensichtlich auf die Außenpolitik Bezug hat. Der Kanzler hat von dem Kampfe um die Herstellung der deutschen Souveränität und Ehre der Nation gesprochen und in diesem Zusammenhang den einen Feind des Volkes genannt, der sich in diesem Kampfe nicht hinter die Regierung stelle. Es ist nach Auffassung der zuständigen Stellen völlig unverständlich, wie diese eindeutige außenpolitische Aeußerung innenpolitisch umgedeutet werden könne.

2000 Neueinstellungen bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe  
Karlsruhe, 13. Oktober. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe wird in diesen Tagen eine größere Anzahl von Arbeitern neu eingestellt. Es handelt sich um 1800 Zeitarbeiter und 200 Stammarbeiter.